

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 22.03.2007**

öffentlich

Ort: FB Soziales (50)
Südpromenade 30 (Anbau)
06128 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS
Herr Koehn (i. V. von Dr. Justus Brockmann)	SPD
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE
Frau Katja Pähle	SKE
Frau Annerose Runde	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radij	SKE
Herr Dr. Fiedler	Seniorenvertretung
Frau Dorit Schmidt	Verw
Herr Hans-Günter Schneller	Verw
Frau Annerose Winter	Verw
Herr Goswin van Rissenbeck	Verw
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw
Herr Dr. Peter Piechotta	DPWV
Frau Dr. U. Schwarzer	Verw.
Frau Jahnke	Verw.
Frau Brederlow	Verw.

Gäste

Herr Metzler	GB II
--------------	-------

Entschuldigt fehlen:

Frau Dagmar Szabados	Bgm
Frau Petra Schneutzer	Verw
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE
Frau Anja Hunger	SKE
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.2.2007, wird nachgereicht
4. Vorlagen
 - 4.1. Fachkonzept des Fachbereiches Soziales. Berichterstattung Herr Schneller
Vorlage: IV/2007/06247
 - 4.2. Bestellung von Protokollantinnen für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss. Berichterstattung Herr van Rissenbeck
Vorlage: IV/2007/06330
 - 4.3. Haushaltsplanung 2007 (Bitte bringen Sie Ihre Unterlagen mit)
 - 4.3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005. Berichterstattung Frau Schmidt
Vorlage: IV/2007/06261
 - 4.3.2 Haushaltsplan 2007 - Änderung zur Planversion 70. Berichterstattung Frau Schmidt
Vorlage: IV/2007/06306
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur Landesinitiative Familienpass. Berichterstattung Herr Rochau
Vorlage: IV/2007/06270
 - 5.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen. Berichterstattung Geschäftsbereich Planen, Bauen, Straßenverkehr
Vorlage: IV/2007/06280
6. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
7. Beantwortung von Anfragen
 - 7.1. Mündliche Anfrage zur Toilettensituation am Riveufer. Berichterstattung Geschäftsbereich Planen, Bauen, Straßenverkehr
 - 7.2. Mündliche Anfrage zu fehlenden Bänken am Treff in Halle Neustadt. Berichterstattung Geschäftsbereich Planen, Bauen, Straßenverkehr
8. Anregungen
9. Mitteilungen
 - 9.1. Aktuelle Sachstand zur Umsetzung des SGB II. Berichterstattung Frau Schmidt
 - 9.2. Information zur Absicherung sozialer Leistungen der Stadt Halle nach SGB II und anderen sowie Zuschüsse an Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen.

Berichterstattung Herr Schneller

9.3. Information zur Vorlage eines Berichtes zum Betreuungsrecht in der Sitzung des SGGA am 12.07.2007. Berichterstattung Herr van Rissenbeck

9.4. Terminplanung ab dem September 2007. Berichterstattung Herr van Rissenbeck

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßte die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Schmidt wird im nicht öffentlichen Teil den Antrag zur Ergänzung der Tagesordnung um eine Tischvorlage Zuschüsse an Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen 2007, Teil II stellen.

Herr van Rissenbeck entschuldigt die Abwesenheit von Frau Szabados. Sie nimmt an einer Sitzung des Sozialausschusses des Deutschen Städtetages teil.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.2.2007, wird nachgereicht

Die Niederschrift der Sitzung vom 22.02.2007 wird bestätigt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Fachkonzept des Fachbereiches Soziales. Berichterstattung Herr Schneller -Vorlage: IV/2007/06247

Herr Schneller erläutert die Vorlage und verweist darauf, dass sie Teil des Konsolidierungsprogrammes der Verwaltung ist. Es ist vorgesehen, die Anzahl der Ressorts zu verringern. Es wurden mehrere Standorte bereits aufgegeben (Merseburger Straße, Rathausstraße, Ernst-Haeckel-Weg), so dass sich der Fachbereich nur noch der Südpromenade und Am Stadion befindet.

Frau Haupt bittet die Ausschussmitglieder um Fragestellungen.

Herr Godenrath fragt, ob der KGST-Schlüssel im gesamten Fachbereich herangezogen wurde. Herr Schneller erklärt, dass es ihn nur bei HLU seit 20 – 30 Jahren gibt, nicht bei HbL. Es ist auch kein Vergleich mit anderen Bundesländern möglich.

Frau Tomczyk-Radij fragt nach der Anwendung des Gender-Mainstreaming im Fachbereich Soziales. Die Frage wird von Herrn Schneller verneint, da der Anteil der Frauen im Bereich sehr hoch ist.

Frau Haupt fragt, wieso die in die ARGE abgeordneten Mitarbeiter sich nicht im Stellenplan des Fachbereiches befinden. Herr Schneller erklärt, dass diese Mitarbeiter im Stellenplan der Stadt als ARGE zu finden sind. Frau Schmidt ergänzt, dass es vorgesehen ist, die städtischen ARGE-Mitarbeiter direkt und dienstrechtlich an die ARGE zu übergeben. Auf die

Frage von Frau Haupt nach der Rückkehr von Mitarbeitern von der ARGE zur Stadt antwortet Herr Schneller, dass dieser Prozess eigentlich zur Ruhe gekommen ist und nur noch einige wenige Mitarbeiter bekundet haben, bei bestehender Möglichkeit wieder in den Fachbereich wechseln zu wollen.

Das vorliegende Fachkonzept des Fachbereiches Soziales wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Bestellung von Protokollantinnen für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss. Berichterstattung Herr van Rissenbeck Vorlage: IV/2007/06330

Herr van Rissenbeck erläutert, dass für den Zeitraum der Elternzeit der Stellvertretenden Protokollführerin, Frau Müller, eine Vertretung eingesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Stadträte: Ja 6

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag zur Bestellung von Frau Rita Kurth zur Stellvertretenden Protokollführerin, als Elternzeitvertretung für Frau Müller, wurde einstimmig zugestimmt.

zu 4.3 Haushaltsplanung 2007 (Bitte bringen Sie Ihre Unterlagen mit)

Frau Schmidt erläutert die Überarbeitung und die Neuerungen.

Herr Godenrath bittet um Informationen über die Bestattungskosten, sie werden dem Protokoll beigelegt.

Herr Godenrath nimmt Bezug auf den Brief der Oberbürgermeisterin an die Mitarbeiter, in dem u. a. auch die Reduzierung der Sozialausgaben SGB II angesprochen werden und fragt, ob das nun alles wäre oder ob es noch mehr Reduzierung gibt. Frau Schmidt verweist auf den Änderungsantrag in der letzten Sitzung. 3,2 Mio Euro Reduzierung wurden beraten, diese sind Bestandteil der 8 Mio Euro in der gesamten Stadtverwaltung. Das ist die Grenze, weiter steht keine sachliche Hochrechnung dahinter.

Herrn Godenrath gibt die Einrichtung der Stabsstelle SGB II zu bedenken. Frau Schmidt unterstreicht, dass es dringend geboten ist, diese Stabsstelle zu schaffen. Durch die ständigen Neuerungen fehlt in der Verwaltungsspitze eine Unterstützungsleistung zur Gesetzesdiskussion. Diese Leistung ist bitte nicht zur Streichung anzubieten. Herr Godenrath bittet um Nennung der Kommunen, die diese Leistung schon haben. Frau Schmidt teilt mit, dass es diese Leistung in Dresden bereits gibt und bei den Arbeitsagenturen. Sie weist auch darauf hin, dass eine Umwidmung dieses Geldes in Personal- oder Dienstleistungen jederzeit möglich wäre. Frau Haupt betont, dass hier nur das Geld für die Leistung eingestellt ist, nicht eine Personalstelle.

zu 4.3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005. Berichterstattung Frau Schmidt - Vorlage: IV/2007/06261

Abstimmungsergebnis:

SKE:

Ja	3
Nein	-
Enthaltung	1

Stadträte

Ja 6

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2007, den Haushaltsplan 2007 und das Haushaltskonsolidierungskonzept am 25.4.2007.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2005 zur Kenntnis.

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag zum Haushalt 2007 mit Änderungen wird einstimmig zugestimmt.

**zu 4.3.2 Haushaltsplan 2007 - Änderung zur Planversion 70. Berichterstattung
Frau Schmidt
Vorlage: IV/2007/06306**

Abstimmungsergebnis:

SKE:

Ja 7
Nein -
Enthaltung -

Stadträte

Ja 5
Nein -
Enthaltung 1

Beschlussvorschlag:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestätigt die Änderungen im Planteil Soziale Sicherung des Haushaltsplanentwurfes 2007

in den Unterabschnitten 4000, 4101 – 4240, 4362, 4820, 4850 (Fachbereich Soziales) und im Planteil Gesundheit, Sport, Erholung im UA 5011 (Fachbereich Gesundheit und Veterinärwesen).

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur Landesinitiative Familienpass. Berichterstattung Herr Rochau
Vorlage: IV/2007/06270**

Herr van Rissenbeck informierte, dass ein Brief an alle Einrichtungen gegangen sei mit der Bitte, diese Ermäßigungen vorzuhalten. Als Familie gilt 1 Erwachsener und 1 Kind bzw. mehr. Jede Familie kann den Pass beantragen. In Halle wird er jedoch nicht benötigt.

Herr Godenrath bittet darum, den Brief auch an private Einrichtungen, wie z. B. das Maya Mare zu richten, um die Empfehlung zu geben, diesen Pass anzuerkennen. In zwei bis drei Monaten wird man sehen, wie der Pass Anwendung findet.

Punkt 1 des Antrages der CDU-Fraktion wird von Herrn Godenrath zurückgezogen und damit nur über den Punkt 2 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zu Punkt 2:

SKE:

Ja	7
Nein	-
Enthaltung	-

Stadträte:

Ja	6
Nein	-
Enthaltung	-

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle wird Partner der familienpolitischen Landesinitiative „FamilienPass“
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bei allen entsprechenden städtischen Einrichtungen darauf hinzuwirken, den Begriff der Familie im Sinne des „FamilienPasses“ zu harmonisieren und die entsprechenden Vergünstigungen einzuräumen.

Beschluss:

Punkt 1 wurde zurückgezogen.

Dem Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird einstimmig zugestimmt.

zu 5.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen. Berichterstattung Geschäftsbereich Planen, Bauen, Straßenverkehr Vorlage: IV/2007/06280

Frau Haupt begrüßt Herrn Metzler vom Fachbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr.

Herr Bartsch fragt nach dem aktuellen Stand der historischen Forschung heute. Herr Kupke erklärt, dass Punkt 1 des Beschlussvorschlages z. Z. Dauerthema sei. Frau Pähle bittet um eine Prioritätenliste und bittet darum, dass Namen wie „Südstadtgymnasium“ verschwinden, da es genug Persönlichkeiten gibt, deren Namen man vergeben kann, z. B. bei Zusammenlegung von Schulen. Frau Haupt sagt, dies sei von den Kuratorien zu beachten.

Herr Metzler erläutert die Möglichkeiten einer Prioritätenleiste und den Aufwand der Umbenennungen.

Herr Godenrath stellt den Antrag auf Nichtzuständigkeit des Ausschusses.

Abstimmungsergebnis über den Antrag auf Nichtzuständigkeit des SGGA:

Stadträte:

Ja	4
Nein	1
Enthaltung	1

Beschluss:

Der Antrag wird wegen Nichtzuständigkeit des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses zurückgewiesen.

zu 6 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Herr Koehn fragt an, wie bei Geldgeschenken zur Jugendweihe in der ARGE und im Fachbereich Soziales verfahren wird. Frau Schmidt bittet darum, diese Anfrage im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

Frau Haupt stellt die Frage nach einem Stadtplan für Behinderte und ob dieser auch im Internet verfügbar wäre. Herr van Rissenbeck antwortet, dass es den Stadtplan bereits gibt und z. Z. überarbeitet wird. Die Veröffentlichung im Internet wird auch möglich sein. Herr Godenrath sagt, dass in der vergangenen Sitzung zu Kosten der Öffentlichkeitsarbeit erklärt wurde, dass ein neuer Stadtführer für Behinderte erstellt wird.

Frau Haupt fragt nach der Möglichkeit, für Hörgeschädigte in den Bürgerbüros Induktionsschleifen einzurichten. Herr van Rissenbeck antwortet, dass der Aufwand und Nutzen dieser Induktionsschleifen z. Z. geprüft wird.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

zu 7.1 Mündliche Anfrage zur Toilettensituation am Riveufer. Berichterstattung Geschäftsbereich Planen, Bauen, Straßenverkehr

Herr van Rissenbeck informiert, dass im Rahmen der Umbaumaßnahmen die Toiletten sich z. Z. im Bau befinden. Sie sind ab Mai nutzbar.

zu 7.2 Mündliche Anfrage zu fehlenden Bänken am Treff in Halle Neustadt. Berichterstattung Geschäftsbereich Planen, Bauen, Straßenverkehr

Frau Schmidt erläutert, dass der Bereich um den Treff saniert wurde über Urban 21. Es wurden Bänke und Spielgeräte installiert. Die Spielgeräte wurden zur Lärmbelästigung in dieser vorwiegend von älteren Bürgern bewohnten Gegend, wurden deshalb umgesetzt in andere Bereiche, in denen mehr Kinder leben. Es war im Interesse der Anwohner, dass auch die Bänke wieder abgebaut wurden, da diese immer wieder durch Vandalismus beschädigt wurden. Es werden jedoch in der Galerie im Grünen ausreichend Sitzmöglichkeiten angeboten. Herr Dr. Fiedler sagt, dass es keine Lösung und erschreckend sei, die Bänke abzubauen, um Vandalismus zu verhindern, hier sollte das Ordnungsamt eingreifen. Frau Haupt erklärt, dass wir das Problem an dieser Stelle nicht lösen können.

Herr Godenrath spricht die Problematik der Trinker an, sie sollte mal als Tagesordnungspunkt aufgenommen werden. Frau Günther antwortet, dass dieses Problem schon mit dem Ordnungsamt diskutiert wurde, es gibt keine rechtliche Grundlage einzugreifen, wenn öffentlich getrunken wird. Hier kann man nur über das Jugendschutzgesetz an den Gewerbetreibenden herangehen mit Ordnungsstrafen. Frau Günther verweist auch noch auf das Alkohol-Streetwork in Halle-Neustadt. Herrn Godenrath geht es um die gesundheitlichen Schäden.

Frau Haupt sagt zu, dass in einer der nächsten Sitzungen die beiden Themen Senioren und Trinker mit in die Tagesordnung aufgenommen werden.

zu 8 Anregungen

Frau Haupt greift noch einmal die Anregung von Herrn Dr. Yousif zum Besuch eines Asylbewerberheimes auf. Sie macht den Vorschlag, dass eine Arbeitsgruppe aus den Fraktionen gemeinsam mit Frau Schneutzer ein Heim besuchen sollte.

Frau Tomczik-Radij erinnert, dass Herr Dr. Brockmann schon mal auf die Zustände in einem Heim hingewiesen hätte, dieses Heim sollte besucht werden.

Abstimmungsergebnis:

SKE:

Ja	5
Nein	-
Enthaltung	-

Stadträte:

Ja	6
Nein	-
Enthaltung	-

Beschluss:

Dem Vorschlag von Frau Haupt zum Besuch eines Asylbewerberheims durch eine Arbeitsgruppe aus den Fraktionen gemeinsam mit Frau Schneutzer wird einstimmig zugestimmt.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Aktuelle Sachstand zur Umsetzung des SGB II. Berichterstattung Frau Schmidt

Frau Schmidt informiert über den heutigen Presseartikel, dass es bundesweit 810 Mio Euro Außenstände an SGB-II-Leistungen gibt, davon 93 Mio Euro im Land Sachsen-Anhalt. Hier bei uns ist die Lage drastischer als in den alten Bundesländern, in denen ganz andere gewachsene soziale Strukturen vorherrschen. Frau Schmidt erläutert die Außenstände.

zu 9.2 Information zur Absicherung sozialer Leistungen der Stadt Halle nach SGB II und anderen sowie Zuschüsse an Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen. Berichterstattung Herr Schneller

Frau Schmidt erläutert, dass am 20.3. der 1. Teil im Finanzausschuss bestätigt wurde. Für den 2. Teil bestand keine Zuständigkeit. Nun muss über die vorliegende Tischvorlage noch ein Beschluß herbeigeführt werden.

Frau Pähle möchte im nicht öffentlichen Teil noch etwas dazu sagen.

Frau Schmidt informiert, dass alle Vereine und Verbände ein Schreiben von Frau Häußler erhalten haben, dass z. Z. kein Geld gezahlt werden kann. Die MZ gibt morgen dazu eine Information heraus. Frau Schmidt gibt hier den ausdrücklichen Hinweis, dass im Brief „vorerst“ steht. Herr Kupke fragt, ob dies auch den Stadtratsbeschluss betrifft? Frau Schmidt erklärt, dies betrifft alle Bereiche, auch den Stadtratsbeschluss.

Frau Haupt sagt, dass Problem sei, dass alle freiwilligen Leistungen auf Eis liegen. Herr Dr. Fiedler sieht vor allem z. B. bei den Begegnungsstätten das Problem der Fortführung, es wird eine große Diskussion geben. Frau Haupt fragt, ob die Mitarbeiter, die bei den Vereinen einen Arbeitsvertrag haben, aber deren Lohnzahlungen nun in Frage stehen, sich beim

Arbeitsamt melden sollen. Frau Schmidt verweist wieder auf die Begrifflichkeit „vorerst“. Falls ein Verein in Zahlungsschwierigkeiten kommt, sind Geldverschiebungen notwendig, bei kleinen Vereinen, wo dies nicht möglich ist, muss die Verwaltung helfen. Frau Schmidt bittet um Verständnis für die Entscheidung der Verwaltung.

Frau Pähle fragt, über welchen Zeitraum wird reden. Die Arbeitsverträge müssen fristgerecht aufgelöst werden. Wie sieht eine realistische Zeitperspektive aus? Dr. Piechotta sagt, dass die kleinen Vereine ihre Notsituation darstellen müssen. Frau Schmidt erklärt, dass die Verwaltung sich in den vergangenen Jahren sehr bemüht hat, die pflichtigen Aufgaben zu erfüllen. Jetzt müssen unbedingt die Einnahmen vom Land kommen. 2007 müssen die Maßnahmen komplett noch einmal geprüft werden. Träger, welche noch einen Vertrag haben, bekamen einen Abschlag für zwei Monate (I/2007). Notvariante für die Träger sind Anforderungen auf Abschlagszahlungen mit Begründung, die von der Verwaltungsspitze geprüft und entschieden werden.

Herr Godenrath fragt, ob dann nicht die Beschlussvorlage auf Eis zu legen sei? Frau Schmidt sagt, dass sie Arbeitsgrundlage ist für den Stadtratsbeschluss. Hier muss die rechtliche Seite beachtet werden. Wenn das Land die Kassenzinsen zahlt, können bei bestehendem Stadtratsbeschluss sofort Leistungen gezahlt werden.

Frau Tomczik-Radij fragt, ob aufgrund des Briefes der Oberbürgermeisterin auch Einrichtungen schließen müssen (z. B. Bäder)? Diese Überlegungen werden laut Herrn van Rissenbeck auch mit einbezogen.

Frau Haupt bittet darum, auf das Problem aufmerksam zu machen und die Zusammenhänge zu erläutern.

zu 9.3 Information zur Vorlage eines Berichtes zum Betreuungsrecht in der Sitzung des SGGA am 12.07.2007. Berichterstattung Herr van Rissenbeck

Herr van Rissenbeck informiert, dass Herr Dr. Wilhelms am 12.7.07 im Ausschuss darüber berichten wird.

zu 9.4 Terminplanung ab dem September 2007. Berichterstattung Herr van Rissenbeck

Herr van Rissenbeck legt die neue Terminplanung vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Kerner, Protokollantin

